

Dem Antrag der SPD-Fraktion vom 20. Januar 2017 wird insoweit gefolgt, als dass im Zuge der Erstellung des Handlungskonzeptes Wohnen Rheinbach 2030, wenn der Bedarf an einer Vermehrung des Wohnungsbestandes der öffentlichen Hand zur Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum besteht, mögliche Handlungsfelder geprüft werden.